

Die internationale Dimension der Krise am Golf

1. Die Formierung der anti-irakischen Koalition durch die USA

In der Rückschau nimmt es sich nahezu unwirklich aus. Der Nationale Sicherheitsrat der USA tagte zum ersten Mal nach der Besetzung Kuweits durch Irak. „Die Atmosphäre war gelassen und sachlich. Bush's führende Generäle und Diplomaten, Spionagechefs und Energieexperten spulten ihre Analysen ab. Die vorherrschende Meinung innerhalb der Gruppe“, so erinnert sich ein Beamter des Weißen Hauses, „war etwa: 'Tja, schade um Kuwait, aber es ähnelt ja stark einer Tankstelle, und wen kümmert es schon, ob das Firmenschild auf Sinclair oder Exxon lautet? Und überhaupt, was können die Vereinigten Staaten tun? Hat Irak nicht die größte Armee im Mittleren Osten, und ist Amerika nicht weit vom Schauplatz entfernt?' Da war kaum das Empfinden zu spüren, es stünden wichtige U.S.-Interessen auf dem Spiel - bis der Präsident sprach. Er stellte eine einfache Frage, die den Verlauf der Debatte entscheidend veränderte: 'Was geschieht, wenn wir nichts tun?'“¹

Aus den Äußerungen, die der Präsident sowie Regierungsmitglieder später verbreiteten, läßt sich unschwer rekonstruieren, welche Antwort George Bush auf die von ihm selbst gestellte Frage gab. Zum ersten befürchtete er wohl über kurz oder lang die Errichtung einer uneingeschränkten irakischen Dominanz am Golf, entweder durch Ausdehnung der Invasion auf Saudi-Arabien, um die wichtigsten Erdölquellen des Königreiches (kaum eine ist mehr als 300 km von der kuweitischen Grenze entfernt) zu besetzen oder mittels erpresserischen Drucks auf Saudi-Arabien und die kleinen Monarchien am Golf. Direkt oder indirekt verfügte der Irak dann über fast 50% der bekannten Erdölreserven der Welt. „Wir können und werden den Invasionstruppen eines fanatischen Regimes nicht gestatten, die Hälfte aller Ölreserven zu kontrollieren, das Herzblut der Weltwirtschaft“², erklärte der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, Richard A. Gephardt. Dabei betonten jene, die diese Position teilten, nahezu einhellig, es gehe nicht um den Benzinpreis oder die Erhaltung eines üppigen, selbst-bewilligten Lebensstandards. „Was auf dem Spiel steht, ist die Macht, die Heizung in Millionen Häusern abzustellen, Arme und Kranke frieren zu lassen, Tausende Betriebe und Einrichtungen stillzulegen, Massenarbeitslosigkeit und beträchtliche zusätzliche Armut zu verursachen... Für die unmittelbare Zukunft ist der verlässliche Zugang zu Erdöl zu vernünftigen Preisen lebenswichtig für jede moderne Wirtschaft - und an dieser brutalen Tatsache können weder edelste Moral noch ökologische Bedenken etwas ändern.“³

Stil, Richtung und Ausgang dieser Debatte zeigen, daß offenbar eine Mehrheit der US-Gesellschaft, auf jeden Fall aber der meinungsbildenden und regierenden Elite in einer drohenden Abschnürung vom Öl den casus belli sieht - eine Position, die nicht auf einen neuartigen „Ressourcenkampf“ hindeutet, sondern von Henry Kissinger bereits 1975 in seinem berühmten „Business- Week-Interview“ begründet wurde. Zu fragen bliebe, ob die überzeugende Begründung für die andauernde Unersetzbarkeit des Erdöls für die Weltwirtschaft der US-Regierung gestattet, eine zunächst ganz unzweifelhaft nationale Ressource per Dekret zum allgemeinen Gut zu internationalisieren und deren Verfügbarkeit notfalls mit Feuer und Schwert zu erzwingen.

Ein zweiter Grund für die immer entschiedener vorgetragene Gegenreaktion der USA war der für sie offensichtlich intolerable Sachverhalt, daß mit Kuwait ein wichtiger und befreundeter Staat von einem anderen, den USA wesentlich weniger geneigten Staat überfallen und nach wenigen Tagen annektiert wurde. Immerhin bedeutet dies das Von-der-Weltkarte-Streichen eines ganzen Landes, die völlige Negierung eines seit 30 Jahren bestehenden, unabhängigen Völkerrechtssubjektes. Mit Sicherheit hätten die USA die Annektierung Kuweits durch einen mit der Sowjetunion verbündeten Irak zu Zeiten der Blockkonfrontation niemals zugelassen. Nun, da sie sich mit einigem Recht als Sieger des kalten Krieges fühlten, sahen sie wohl erst recht keine Gründe, den Irak gewähren zu lassen und so Gefahr zu laufen, ihren überragenden Einfluß am Golf zu verlieren.

Einen dritten Grund bildet offenbar die Entschlossenheit der USA, nach den globalen Umbrüchen der Jahre 1989/90 eine neue Weltordnung zu etablieren, in der die Entstehung neuer Mächte, die die USA nach den Spielregeln des kalten Krieges herausfordern, nicht vorgesehen ist und auch nicht geduldet wird. Der Einsatz von dem Gegner weit überlegenen Streitkräften zur Realisierung eigener machtpolitischer Ziele war der USA-Politik der letzten Jahrzehnte keineswegs fremd. Ihr Potential an Massenvernichtungswaffen diente dabei als Mittel der Abschreckung gegenüber potentiellen oder realen Verbündeten des Attackierten. Der Irak versuchte gegenüber Kuwait nicht anders zu verfahren, überschätzte jedoch die Wirkung seines noch im Embryonalzustand befindlichen Abschreckungspotentials, abgesehen von weiteren, zum Teil eklatanten politischen Fehlkalkulationen. Die für ein Dritte-Welt-Land gigantische Kriegsmaschinerie zwang die USA eben nicht zur Zurückhaltung, sondern wirkte eher als Anreiz, ein Militärpotential zu eliminieren, welches aufgrund seiner realen Stärke und der Furcht, die es verbreitete, den Irak zur dominierendenn Macht im Mittleren Osten zu verwandeln schien.

„Die Krise am Persischen Golf, so ernst sie ist“, erklärte G. Bush im September 1990 in einer Rede vor beiden Häusern des Kongresses, „bietet zugleich eine der seltenen Gelegenheiten zum Eintritt in eine historische Periode der Zusammenarbeit... Eine neue Weltordnung kann entstehen: frei von dem Schrecken des Terrors, stark im Streben nach Gerechtigkeit und unbeirrt in der Forderung nach Frieden - eine Ära, in der die Nationen der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und im Einklang miteinander leben.“⁴⁴

Es steht dahin, ob die Nationen der Welt die Rhetorik dieser schönen Vision mit der Politik der Vereinigten Staaten zu identifizieren vermochten. Jedenfalls gelang es der Bush-Administration

in den dem irakischen Aggressionsakt folgenden Wochen und Monaten, einen historisch bislang präzedenzlosen internationalen Konsens herzustellen. Zum ersten Mal vertraten die USA und die UdSSR - beim Gipfeltreffen in Helsinki Mitte September 1990 offiziell besiegelt - in einem bedeutenden Regionalkonflikt eine fast gleiche Position, die sehr rasch in effektive internationale Maßnahmen umgesetzt werden konnte. Ebenfalls erstmalig verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat fast einhellig exakt ein Dutzend Resolutionen, die zunächst in Embargobeschlüsse gegen Irak gipfelten, die seit dem Boykott gegen das südrhodesische Regime 1966 die schärfsten Bestimmungen enthielten. Selbst der bereits im August einsetzende und bald außergewöhnliche Ausmaße annehmende militärische Aufmarsch der USA am Golf erfolgte unter Beteiligung von 28 Staaten, darunter solch bedeutender arabischer Staaten wie Ägypten und Syrien. Letzteres signalisierte - erstmalig - einen völligen Bruch im arabischen Lager¹.

Nach dem internationalen Kräfteverhältnis und der überragenden Weltgeltung der Vereinigten Staaten im Jahre 1990 war dieser in der Tat bemerkenswerte Konsens sicher auch dem Umstand geschuldet, daß die USA nicht, wie in der Reagan-Ära die Norm und auch noch 1989 mit der Panama-Invasion der Fall, einem unilateralen politischen und/oder militärischen Interventionismus zur Durchsetzung ihrer Interessen huldigten, sondern sich an die Spitze internationaler, d.h. kollektiver diplomatischer Anstrengungen zur Eindämmung einer klaren Aggression stellten.

Weiterhin mag dazu beigetragen haben, daß das irakische Regime in keiner Weise eine Alternative verkörperte. Repräsentiert von einem skrupellosen Diktator mit einer abstoßenden Biographie der Gewalt gegenüber der eigenen Bevölkerung und den Nachbarstaaten, erzielten die Versuche zur Kaschierung seiner aggressiven Handlungen außerhalb der arabischen Welt wenig Wirkung. Das Ausspielen der Dritte-Welt- und insbesondere der islamischen und palästinensischen Karte rief im innerarabischen Zirkel Sympathie hervor, international stachen diese Trümpfe bis zum Kriegsbeginn am 16. Januar nicht. Und einen weiteren, nicht von der Hand zu weisenden Grund für ihre entschiedene Haltung vermochten die USA ins Feld zu führen. Der Überfall auf Kuwait und dessen anschließende vollständige Annexion unter Anführung vor allem „historischer“ Gründe erfüllen nicht allein den ziemlich abstrakten Tatbestand der Verletzung des - höchst selektiv umgesetzten - Völkerrechts. Vielmehr bestand die reale Gefahr, damit einen Präzedenzfall mit unter Umständen gravierenden Folgen zuzulassen. Eine Grenzziehung, die von Kolonialmächten zur Absicherung von deren Interessen vorgenommen wurde und in kaum einer Weise den Traditionen, Notwendigkeiten des Lebens und Rechtsempfindens der betroffenen Völker entsprach, bilde² weder am Golf noch im übrigen Mittleren Osten die Ausnahme, sondern die Regel. Dieser könnte - ebenso wie andere Dritte-Welt-Regionen - einem Zeitalter endloser und kaum lösbarer Konflikte entgegengehen, wenn alle „historischen Ansprüche“ angemeldet und, sobald eine ausreichend entschlossene Führung über die erforderliche militärische Stärke verfügt, der Versuch ihrer gewaltsamen Durchsetzung unternommen würde. Nicht allein für die unmittelbar betroffenen Völker und Gebiete der Dritten Welt wäre dies eine verhängnisvolle lebensbedrohliche Entwicklung.

2. Realität und Risiken des Krieges

Die Entscheidung der Vereinigten Staaten, nach Ablauf der in der UN-Sicherheitsresolution 678 gestellten Frist den Rückzug aus Kuwait mit militärischer Gewalt zu erzwingen, schuf eine vollkommen veränderte Lage. Nichts, so scheint es, bleibt von dem Gluthauch des Krieges unberührt.

Doch bevor Details in näheren Augenschein genommen werden können, stellen sich einige Fragen grundsätzlicher Natur:

Gilt Carl von Clausewitz' berühmtes Diktum, welches seine Erfahrungen aus dem Befreiungskampf gegen Napoleon widerspiegelt, nachdem der Krieg „eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“ sei, an der Schwelle des 21. Jahrhunderts uneingeschränkt fort? *Ultima ratio regum* - das letzte Wort der Könige - so stand es einst auf den preußischen Kanonen, die bei Roßbach und Leuthen, bei Leipzig und Waterloo, bei Königsgrätz und Sedan ihr todbringendes Wort sprachen. Taugt diese Devise für das nuklear-kosmische Zeitalter, in dem Raketen, Überschallflugzeuge und elektronische Kriegsführung in Sekunden mehr zu zerstören vermögen als ihre klobigen Vorgänger im Laufe von Jahrhunderten?

Kann und darf der Präsident eines Landes den Vollzug des internationalen Rechts in einer Weise anordnen, der Tausende und Abertausende Todesopfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung fordert? „Dürfen eigentlich die Vereinten Nationen, deren oberste Aufgabe es laut Präambel der Charta ist, 'künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren', den Frieden einfach herbeibomben?“⁵

Vermag der Krieg die Probleme zu lösen, die letztlich im irakischen Angriff auf Kuwait gipfelten, kann er zu „mehr Sicherheit und Stabilität“⁶ in dieser krisengeschüttelten Region führen, wie es George Bush erwartet? Jede dieser Fragen enthält eine moralische und eine sachliche Dimension, die bei einem Versuch der Beantwortung nur schwer voneinander zu trennen sind. Dennoch wird im folgenden die Konzentration auf sachlich-objektive Probleme angestrebt, um im internationalen Maßstab die hypothetischen Gewinne des Krieges am Golf gegen dessen enorme Risiken abzuwägen. Die vom US-Präsidenten in der Nacht des Kriegsbegins verkündeten Ziele, „Saddam Husseins Streitkräfte werden Kuwait verlassen, die legitime Regierung Kuweits wird wieder in ihre rechtmäßige Stellung eingesetzt, und Kuwait wird wieder frei sein“⁷, konnten die Streitkräfte der anti-irakischen Koalition erreichen. Die allgemeine Kräftebalance, nicht allein die militärische, ließ keinen anderen Kriegsausgang erwarten. Ob sich damit die Möglichkeit bietet, eine „neue Weltordnung zu schaffen, in der die Regel des Gesetzes, nicht das Gesetz des Dschungels, das Verhalten der Nationen untereinander bestimmen“⁸, wird sich zeigen müssen.

Der Persische Golf ist seit Jahrzehnten eine der unruhigsten Krisenregionen der Welt. Aggression und Gewalt haben hier nicht erst mit Saddam Hussein Einzug gehalten und würden daher mit seinem möglichen Abgang nicht aus diesem Gebiet verschwinden. Aber weder die Bush-Administration noch die mit ihr verbündeten Regierungen haben konkrete Planungen oder auch nur Vorschläge veröffentlicht, wie die Basisursachen der schier unüberwindlichen Interessengegensätze, der akuten und latenten Konflikte sowie der virulente Haß, der so häufig

die Atmosphäre zwischen Völkern und Regierungen im Mittleren Osten erfüllt, beseitigt werden könnten. Der arabisch-israelische Gegensatz im allgemeinen, mit ihm das Palästina-Problem als Kern, das Kurdenproblem, die Frage der Demokratie in der Region, die erschreckend ungleiche Verteilung von Einkommen und Wohlstand zwischen und innerhalb der Staaten, die überbordende Militarisierung, die sich keineswegs auf Irak allein beschränkt, der offensichtliche Mangel an regionaler Kooperation und Kohärenz, die zunehmende ökologische Degradation - die Probleme sind zahlreich, bereits jedes für sich genommen sehr kompliziert und häufig eng miteinander verknüpft. Ihre ungenügende Bewältigung läßt Diktatoren wie Saddam Hussein, die radikale und scheinbar einfache Lösungen versprechen, zu Macht und Ansehen bis hin zur Verklärung gelangen. Dieses Phänomen ist nicht an eine Person, sondern an die geschilderten Umstände gebunden. Der politische und/oder physische Tod Saddam Husséins würde daran nichts ändern. Auch nach dem eindeutigen militärischen Sieg der alliierten Streitkräfte am Golf kann nicht ausgeschlossen werden, daß die sechs Wochen Krieg am Golf den Zugang zur Lösung der gravierenden Probleme eher blockiert haben - und damit die Region in ihrer Stellung als destabilisierender Faktor in der Weltarena belassen. Die Geschichte der Kriege im Mittleren Osten läßt kaum Schlußfolgerungen über etwaige stabilitätsfördernde Wirkungen dieser bewaffneten Auseinandersetzungen zu. Es ist nicht nachzuweisen, daß die Kriege von 1948-1950, 1956, 1958 (US- bzw. britische Intervention im Libanon und in Jordanien), 1967, 1982, 1983/84 (multinationale Intervention im Libanon) oder der irakisch-iranische Krieg 1980/88 Probleme gelöst, die Stabilität erhöht, einem dauerhaften Frieden den Weg geebnet hätten. Dies gilt auch für die innerarabischen Konflikte (Westsahara, Libanon usw.). Eine gewisse Ausnahme wäre lediglich der Oktoberkrieg 1973, nach dessen Ende ein diplomatischer Prozeß einsetzte. Nach Waffenstillstand und Truppenentflechtungsabkommen zwischen Israel sowie Ägypten und Syrien standen am Ende die Camp-David-Abkommen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel. Einschränkend hinzugefügt werden muß aber der Hinweis auf den Ausnahmecharakter dieses Krieges, der erstmalig nicht mit einer vollständigen arabischen Niederlage endete. Eine offensichtliche Folge von Nahostkriegen läßt sich jedoch feststellen: die Zunahme terroristischer Aktionen. Dies war nach 1967 der Fall, als Attentate und Entführungen von Zivilflugzeugen über Jahre hinweg die Schlagzeilen bestimmten. In gewisser Weise wiederholte sich dies 1974 in dem Terror gegen israelische Grenzdörfer wie Maa'lot und Kurjat Schmoneh u.a. Besonders stark war der Aufschwung des Terrorismus nach dem israelischen Libanonfeldzug 1982: die Entführung der „Achille Lauro“, das Attentat in der „La Belle“-Disothek in Berlin, die Sprengstoffanschläge in Rom und Wien 1985, die Welle der Anschläge in Frankreich und die zahllosen Aktionen gegen den zivilen Luftverkehr um die Mitte der achtziger Jahre. Die Existenz von Chemiewerken, eines beträchtlichen Vorrates chemischer Waffen im Irak sowie die zahlreichen Ölförderanlagen, Tanks, Pipelines zuzüglich der größten bisher im Nahen Osten eingesetzten Feuerkraft, verlieh dem jüngsten Golfkrieg ein ökologisches Gefahrenpotential, dessen Folgen weit über die Region hinausreichen könnten. Im Vorfeld des Krieges erstellten Wissenschaftler in Jordanien, Großbritannien und Deutschland⁹ unabhängig voneinander verschiedene Studien, die vor einer Umweltkatastrophe ernstesten Ausmaßes

warten. Auch wenn abzusehen ist, daß nicht die schlimmsten Szenarien eintreten, malen brennende Ölanlagen und die größte Ölpest der Geschichte das Menetekel eines verheerenden Ökozids an die Wand. Die Lebensgrundlage der Völker in den Golfanrainerstaaten und benachbarter Regionen erscheint bedroht, weltweite klimatische Folgen rücken in den Bereich des Möglichen.

Die Vorstellung einer Eskalation des Golfkrieges in eine die gesamte Region erfassende Konfrontation mit unabsehbaren Menschenopfern, ökologischen Schäden, begleitet von gesellschaftlichen Eruptionen, Terroraktionen und weltwirtschaftlichen Turbulenzen war keine von vornherein irrealer Horrorvision, und keineswegs können alle diese Gefahren bereits als gebannt angesehen werden.

Der Verlauf der amerikanischen, britischen, französischen und italienischen Intervention in dem libanesischen Bürgerkrieg 1982-1984 zeigt, wie bereits einmal eine alliierte Streitmacht trotz überlegener Feuerkraft arabischen Boden unverrichteterdinge räumen mußte - ein Land im Chaos zurücklassend. Diese Situation besteht nach dem Ende des Golfkrieges nicht. Sie bleibt dennoch unübersichtlich. Eine Bilanz der Opfer und Schäden erweist sich kurz nach dem Schweigen der Waffen als ein mit Unsicherheiten behaftetes Unterfangen. Die Verluste auf alliierter Seite sind - gemessen an manchen Befürchtungen - relativ gering, die Angaben über die gefallenen Iraker schwanken zwischen einigen Zehntausend und Zweihunderttausend. Die irakische Infrastruktur ist weitgehend zerstört, desgleichen zahlreiche Betriebe der Industrie und Landwirtschaft. Der Schaden könnte die Summe von 100 Milliarden übersteigen. Fast alle kuweitischen Ölquellen und Förderanlagen hatten die Iraker vor ihrem Abzug angezündet oder zerstört, über das Land sind unzählige Minen verstreut. Es kann Monate, wenn nicht gar Jahre dauern, bis die kuweitische Ölförderung den Vorkriegsstand wieder erreicht, der Wiederaufbau insgesamt wird in dem Emirat, vor allem aber in Irak noch wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Noch gravierender und unter Umständen auch langwieriger könnten die Umweltschäden die Länder am Golf in ihrer Entwicklung behindern. Angesichts dieser Opfer und schweren Hypothesen für die Zukunft wird eine kritische Bewertung des alliierten Vorgehens nicht ausbleiben. Ob einer Supermacht wie den USA, mehr oder weniger unterstützt von allen anderen Großmächten und zwei Dutzend anderer Staaten, kein anderer Ausweg blieb, als in 110 000 Luftangriffen mehr als 65 000 Tonnen Bomben und Raketen auf Kuwait und Irak zu werfen und eine ebenso gewaltige Bodenoffensive gegen die erkennbar geschwächten Streitkräfte eines mittleren Dritte-Welt-Landes zu führen, um diese aus Kuwait zu vertreiben, darf bezweifelt werden. Das in juristischer wie politischer Hinsicht zwingende Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel scheint bei den Planungen der Operation „Desert Storm“ wenig Beachtung gefunden zu haben.

3. Der Krieg am Golf und die neue Weltordnung

Es scheint mehr als fraglich, daß der Golfkrieg das Tor zu einer neuen Weltordnung, die diesen Namen auch verdient, tatsächlich aufzustoßen vermag. Im Gegenteil, die insbesondere von arabischer Seite geäußerte Befürchtung, im Widerschein der Kämpfe und Detonationen am Golf werde eine sehr alte Welthierarchie lediglich in neuem historischen Einband restauriert,

enthält viel Plausibles. Es mag nirgends so intendiert sein, aber dieser Krieg stellt sich in der Dritten Welt zunehmend als eine Strafexpedition der USA im Verein mit mehreren alten Kolonialmächten gegen ein Land der südlichen Hemisphäre dar, weil dieses die Kreise der (nord-)westlichen Großmächte stört. Millionen einfacher Menschen in Asien und Afrika, nicht allein Anhängern des Islam, fällt es schwer, im Agieren der irakischen Führung etwas Exzeptionelles, noch nie Dagewesenes zu erkennen. Obwohl die Politik Israels gegenüber den Palästinensern oder die Südafrikas gegenüber Namibia, Angola und Moçambique aufgrund massiver und wiederholter Verletzung von Völker- und Menschenrecht mehrfach von der UNO kritisiert, zum Teil auch verurteilt wurde, zog niemand ein militärisches Vorgehen gegen diese Staaten auch nur in Erwägung. Gegen Irak wurde sofort eine einschneidende Wirtschaftsblockade verhängt, eine politische und militärische Koalition geschaffen, und nach nur fünf Monaten traten militärische Zwangsmaßnahmen in Kraft. Da die USA andere, durchaus schwerwiegende und langwierige Probleme und Krisen nicht eines größeren Engagements für würdig erachteten, nährte die umgehende Reaktion auf die Golfkrise insbesondere im arabischen Raum den Verdacht, den USA gehe es nicht in erster Linie um Recht und Prinzip, sondern um eigene Interessen. Indem der Irak eine durch das Erdöl zu märchenhaftem Reichtum gelangte Dynastie vertrieb, angeblich um deren Überfluß Bedürftigen zukommen zu lassen, zog er sich damit den Zorn und die Vergeltung der westlichen Führungsmacht und ihrer Verbündeten zu. Gleichsam spiegelverkehrt wuchs damit das mittelöstliche Land und seine Führung langsam, aber stetig in die Rolle eines Hoffnungsträgers der Dritten Welt hinein. Diese Stimmung gewann um so mehr an Kraft, je länger der Krieg dauerte, je größer die Zerstörungen im Irak wurden, kurz - je mehr seine Rolle als Aggressor im August 1990 verblaßte gegenüber der neuen als „Kämpfer“ gegen die „Reichen aus dem Norden“ sowie als Opfer und Märtyrer. Die Vorstellung von Saddam Hussein als Hoffnungsträger der Dritten Welt mag Europäern und Nordamerikanern absurd bis zum Aberwitz erscheinen, doch stellt sich der Sachverhalt aus der Perspektive der Menschen - und zwar in ihrer großen Mehrheit - in den afrikanischen oder asiatischen Dritte-Welt-Regionen durchaus anders dar. Die achtziger Jahre waren für sie - einige Prosperitätsinseln in Ostasien ausgenommen - ein verlorenes Jahrzehnt, und die Aussichten für die letzte Dekade des Jahrhunderts sind kaum besser.

Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel ist in den achtziger Jahren drastisch zurückgegangen, die Handelsbedingungen für ihre Rohstoffe (außer Öl) sind auf dem seit Jahrzehnten niedrigsten Stand angelangt. Das Bruttosozialprodukt zahlreicher dieser Staaten stagniert oder geht zurück. Die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vertieft sich weiter. Die Verschuldung der Entwicklungsländer hat mit 1,3 Billionen US-Dollar astronomische Ausmaße erreicht. Allein an Zinsen zahlen sie jährlich zwischen 80 und 90 Mrd. US-Dollar an die Gläubiger im Norden. Seit 1982 übersteigen die Schuldentrückzahlungen und Zinsen der Dritten Welt erheblich die Summe aller Überweisungen, die sie erhält. Die Weltbank beziffert den gegenwärtigen negativen Nettotransfer zuungunsten der Entwicklungsländer mit etwa 50 Mrd. Dollar pro Jahr. Fast eine Milliarde Menschen leiden ständig Hunger, jährlich sterben zwischen 25 und 50 Millionen Menschen buchstäblich an Hunger bzw. ihre geschwächten Organismen vermögen selbst harmlosen Infekten nicht zu widerstehen. Täglich sind dies etwa

120000 Opfer, Tag für Tag ereignet sich ein „Hiroshima“, Jahr für Jahr erduldet die Dritte Welt Opfer in einer Zahl, wie sie der zweite Weltkrieg in sechs Jahren forderte.¹⁰

Immer weniger Entwicklungsländer sind in der Lage, ihre sich im Durchschnitt alle 20-30 Jahre verdoppelnde Bevölkerung zu ernähren, ausreichend Arbeit, Wohnraum und medizinische Betreuung bereitzustellen. Diejenigen, die diesem Schicksal entgehen, fristen häufig ein Dasein, das von Arbeitslosigkeit, Analphabetentum, miserablen Wohnbedingungen, politischer Unterdrückung, ethnisch-religiöser Diskriminierung, von den Folgen zunehmender ökologischer Degradation, von Kriegen und Flüchtlingselend gekennzeichnet ist. Begünstigt durch die immer dichter werdenden weltumspannenden Kommunikationsnetze sowie durch die wachsende Mobilität auch der Menschen in den Entwicklungsländern, wissen die meisten von ihnen, daß keineswegs überall auf der Welt Lebensumstände herrschen, die mit den ihren vergleichbar wären. Hoffnungen auf eine Wende zum Besseren sind aber in praktisch allen Dritte-Welt-Regionen der Verzweiflung oder Resignation gewichen. Dies gilt auch für große Teile der arabischen Welt. Welche Zukunftsperspektiven können Staaten wie Jemen oder Mauretanien ihren Bürgern auch bieten, bei einem durchschnittlichen Bruttosozialprodukt pro Kopf von 470 bzw. 420 US-Dollar?¹¹ Was haben die in vor Elend und Schmutz überquellenden ägyptischen Großstädten Lebenden oder die bitterarmen Pakistani oder Bangladeshi gemein mit den Bewohnern der klimatisierten Glitzerpaläste und Nutzern aller Wohlstandsartikel der westlichen Welt in al-Kuweit oder ar-Riad? Die Sympathie mit dem starken Mann aus Bagdad, der demagogisch vorgab, sich mit Gewalt von den wenig populären „korrupten Scheichs“ nur das zu nehmen, was seinem Volk „eigentlich zusteht“, und die Ablehnung gegen die „Polizei“- (aktion der Alliierten), die wieder „den Reichen“ hilft, nimmt sich aus diesem Blickwinkel so sonderbar nicht aus.

Die auf Internationalisierung oder zumindest Regionalisierung abzielende Strategie Saddam Husseins im Golfkrieg stellte nicht allein den zweiten Versuch¹² dar, auf diese Weise den Vorteil eines an Ressourcen reicheren Gegners auszugleichen, sondern offenbarte auch das Bemühen, diese Stimmungen und Sympathien in der arabischen und muslimischen Welt zu kapitalisieren, in politische Stärke zu verwandeln, die eine Vernichtung seines Regimes verhindern helfen sollte. Unabhängig davon, wie sich die konkrete Nachkriegssituation gestalten wird, steht zu befürchten, daß dem Krieg ein allseits hochbewaffneter Frieden folgen wird, da ja scheinbar die These bestätigt wurde, nach der allein die Macht der Macht Einhalt zu gebieten vermag. Dies aber würde bedeuten, materielle und finanzielle Ressourcen, politische Energien, Zeit und Aufmerksamkeit der Regierungen und politischen Eliten, aber auch der jeweiligen Bevölkerung wären in einem unvertretbar hohen Maße auf militärische, strategische und rüstungswirtschaftliche Fragen konzentriert - zum Schaden der realen, der wirklich brennenden Mißstände und Probleme.

Es stellt sich weiterhin die Frage, ob die Sicherheit einer auf die militärische Superiorität der (nord-)westlichen Mächte und ihrer regionalen Verbündeten gegründete Weltordnung einen längeren Bestand überhaupt haben könnte. Exakt drei Jahre nach Ausbruch des Golfkrieges, im Januar 1988 versuchte die „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie“ (Ikle/Wohlstetter-Kommission) in ihrem Bericht „Discriminate Deterrence“¹² auf diese Frage - noch im Kontext

des späten kalten Krieges - eine Antwort zu finden. Die Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Autoren, die wie Kissinger, Brzezinski, Clark, Huntington, Goodpaster oder Vessey zur Spitzengruppe des politisch-militärischen Establishments der Vereinigten Staaten gehören, verhalten offensichtlich nicht ungehört. Die Studie sieht US-Interessen durch die Gewalt und die Konflikte in der Dritten Welt in den kommenden Jahrzehnten auf vielfältige Weise bedroht. Die Ansammlung von immer mehr modernen Waffen mit großer Zerstörungskraft gestalte jedoch eine „Einmischung in regionale Kriege gefährlicher und komplizierter“, erfordere „vielseitige mobile Kräfte, die präzise geführte Schläge gegen entfernte militärische Ziele ausführen“ und auf die neuesten Waffensysteme der USA zurückgreifen können: „In der Dritten Welt sollte die Strategie der USA ... darauf ausgerichtet sein, unsere technologischen Vorteile maximal zu nutzen. In einigen Fällen werden Technologien, die für die Bekämpfung der Sowjets entwickelt wurden, außerordentlich nützlich sein. Auch hier wollen wir programmierbare Raketen einsetzen, die in differenzierender Art und Weise wirken und mit denen zusätzliche Zerstörungen für die Zivilbevölkerung vermieden werden können.“¹³ Die Möglichkeiten einer solchen „differenzierenden Abschreckung“ sollten weder über- noch unterschätzt werden, deren moralische Bewertung kann hier nicht erfolgen. Es muß zunächst zwischen Wirksamkeit in kurz- und langfristiger Hinsicht, zwischen dem „Funktionieren“ in einem konkreten Fall und der Tauglichkeit als allgemeine Strategie unterschieden werden. Trotz der klaren militärischen Niederlage Iraks erscheint es schwer vorstellbar, daß die Sicherheit und Stabilität einer neuen Weltordnung zuvörderst oder doch zu einem beträchtlichen Teil auf den hochtechnisierten und daher überlegenen Bajonetten einer reichen Minderheit beruhen kann. Bestimmt wird der Golfkrieg manche Lehre vermitteln und zu neuen Schlußfolgerungen anregen. Die allgemeine Tendenz, die militärische Gewalt zu einem untauglichen Mittel werden läßt, politische, wirtschaftliche, ethnisch-religiöse oder ideologische Konflikte zu entscheiden, wird auch dieser Krieg nicht umkehren. Auch die Dritte Welt, auch die Golfregion nähert sich Schritt für Schritt der Schwelle, jenseits derer das Militär nicht mehr siegen, sondern nur noch zerstören, nichts mehr verteidigen, sondern nur noch Vergeltung üben kann. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist diese Situation, in der der Einsatz militärischer Macht auch am Golf keinerlei politisch nutzbaren Vorteil, sondern nur noch allgemeine Zerstörung bringen kann, näher, als die kriegführenden Parteien zu erkennen bereit sind. Der acht Jahre währende irakisch-iranische Krieg zeigte, wie dicht die Region bereits an diese Schwelle gelangt ist. Verglichen mit der Zeit vor dem Krieg herrscht in politischer Hinsicht exakt der status quo ante. Dafür mußten aber eine Million Menschen sterben, eine größere Anzahl wurde verletzt und verkrüppelt, Industrieanlagen, Wohnviertel, Infrastruktureinrichtungen sanken in Schutt und Asche. Nach Berechnungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) belaufen sich die Kosten für militärische Aktivitäten, die materiellen Verluste und Folgekosten auf etwa das Doppelte der Summe, die beide Kombattanten aus dem Verkauf ihres wichtigsten Bodenschatzes, des Erdöls, seit Aufnahme der Förderung 1919 bzw. 1931, erzielten.¹⁴ Der Einsatz modernster elektronischer und anderer Hochtechnologie-Waffensysteme vermag, wie es die USA und ihre Verbündeten im jüngsten Golfkrieg demonstrierten, aufgrund der höheren Treffsicherheit, der erweiterten Abwehrmöglichkeiten, der Fähigkeit,

bestimmte Kampfhandlungen aus größerer Distanz zu führen usw., die Kriegsführungsoption um einige Zeit zu verlängern - aber für wie lange und zu welchem Preis?

Da die Operation am Golf gegen ein isoliertes, mittleres Entwicklungsland mit 17 Millionen Einwohnern bereits mehr als 500 000 Soldaten sowie einen erheblichen Teil der US-Luftwaffe und Kriegsflotte erfordert, werden bereits die Grenzen eines solchen Herangehens sichtbar. Was, wenn der Gegner nicht Irak hieße, sondern es sich um solche Dritte-Welt-Giganten wie Indien, Brasilien oder Indonesien handelte? Weiterhin existieren in der Region schon seit einiger Zeit nukleare Waffen (Israel), chemische Waffen (Irak, Israel, möglicherweise weitere Staaten), weitreichende Trägerwaffen wie Überschallflugzeuge und ballistische Raketen. Der Irak hat zudem mindestens begonnen, bakteriologische Waffen zu entwickeln. Es bleibt nicht viel mehr als die Hoffnung, daß diese verheerenden Waffen nie zum Einsatz gelangen. Aber wenn in der kommenden Weltordnung wie in der bisherigen die militärisch stärksten Staaten dominieren, werden Wettrüsten und Militarisierung in verschiedenen Dritte-Welt-Regionen die Arsenale früher oder später mit Massenvernichtungswaffen füllen. Spätestens dann steht die Menschheit auch längs der ebenso imaginären wie realen Nord-Süd-Achse vor der unabdingbaren Notwendigkeit, friedliche Formen des Miteinanderlebens einschließlich der Konfliktlösung zu entwickeln und anzuwenden - oder aber die Selbstvernichtung zu riskieren. Die USA geben vor, mit ihrem - von der Sicherheitsresolution 678 übrigens nicht gedeckten - Kriegsziel, das irakische Potential an Massenvernichtungsmitteln zu eliminieren, die Welt vor dem Alptraum einer ungebremsten Verbreitung dieser entsetzlichen Waffen gerade bewahren zu wollen. Aber die gewaltsame Entwaffnung eines Entwicklungslandes, exekutiert von jenen Mächten, die die Militarisierung der Dritten Welt teilweise geduldet, teilweise initiiert, in jedem Falle aber kräftig betrieben und daran verdient haben, und darüber hinaus selbst über riesige Bestände an Massenvernichtungswaffen verfügen, muß als ein höchst fragwürdiges und auch untaugliches Mittel angesehen werden. Ein letzter Krieg, geführt, um ewigen Frieden zu schaffen, ist mit Bestimmtheit eine Illusion. Zum einen, weil für die Formierung der anti-irakischen Koalition viel neues Unrecht in Kauf genommen wurde. Die Kooperation der Sowjetunion und Chinas wäre wohl ohne das amerikanische Schweigen zur sowjetischen Politik der harten Hand im Baltikum ebensowenig möglich gewesen wie ohne die de-facto-Aufhebung der Sanktionen gegen China, die nach der blutigen Niederschlagung friedlicher Studentenproteste in Peking im Juni 1989 verhängt worden waren. Und wer nimmt schon an, daß Waffengefährten wie die Türkei oder Syrien sich nach Kriegsende Forderungen nach Herausgabe des immer noch türkisch besetzten Nordzypens oder des quasi annektierten Libanons gegenübersehen werden? Zum anderen würde es sich nicht um den unwiderruflich letzten Waffengang¹⁴, sondern eher um den Auftakt zu einer Reihe von Strafexpeditionen handeln, da Saddam Hussein keineswegs der einzige Gewaltherrscher der Welt ist, der das Völkerrecht mit Füßen tritt, Mord und Krieg zu verantworten hat und darüber hinaus den US-Interessen zuwiderhandelt. In der Folge würde dies in den Aufbau einer erneuten bipolaren Konfliktkonfiguration zuzüglich zu den vorhandenen Süd-Süd-Konflikten münden. Aufgrund der viel weniger stark ausgeprägten Blockdisziplin im Süden wäre dies mit Sicherheit eine unruhigere, noch weniger friedliche Welt als jene zur Zeit der traditionellen Ost-West-Konfrontation.

Zum anderen liefe ein solches Weltmodell unter den gegenwärtigen wie absehbaren Auspizien auf ein wohl nicht anders als spätkolonialistisch zu definierendes nordamerikanisch-west-europäisches Direktorium christlich-abendländischer Provenienz über den Rest des Globus hinaus. Die Abgründe, die die verschiedenen Welten trennen würden, könnten tiefer nicht sein. Die diesem Modell innewohnende Sprengkraft erreichte ein unabsehbar großes Maß. Wie im einleitenden Essay von Arndt Krause beschrieben, gibt es reale Chancen für eine andere, eine bessere Art der Ko-Existenz und Ko-Evolution der immer noch geteilten Menschheit.

4. Deutschland und der Golf

Wohl kaum jemand hätte erwartet, daß der erste Streit über das außenpolitische Verhalten des vereinigten Deutschlands sich nicht wegen eines etwaigen Großmachtgebarens, militärischen Muskelspiels oder aggressiver Töne entzündete, sondern an der (ziemlich) vollständigen Abstinenz dieser Untugenden.

Amerikanische Senatoren, britische, türkische und israelische Regierungsvertreter, deutsche Militärs und nationalkonservative Politiker und Kolumnisten bemängelten nach Ausbruch des Golfkrieges die ungenügende Entschlossenheit, den Alliierten vor Ort tatkräftig beizustehen, und sparten nicht mit Kritik an dem vorgeblich antiamerikanischen Charakter der Aktionen der Friedensbewegung. Auch der Vorwurf der Scheinheiligkeit tauchte auf: jahrelang haben deutsche „Exporteure des Todes“ Saddam Husseins Kriegsmaschine mit den tödlichsten Ingredienzien und Instrumenten ausgerüstet, nun aber verweigere sich die Bundesrepublik dem Kampf gegen den Aggressor.

Mehrfach wurde in diesem Beitrag auf den engen Zusammenhang von politischen und moralischen Kriterien verwiesen; bei dem Komplex Deutschland-Waffen-Golf ist er wohl am wenigsten auflösbar. Es ist und bleibt ein Skandal und eine Schande, daß Deutsche - aus beiden der ehemaligen deutschen Staaten - die konventionelle, chemische, nukleare und biologische Rüstung eines der brutalsten und terroristischsten Regime des 20. Jahrhunderts in entscheidendem Maße unterstützt haben. Ob dafür außenpolitische Gründe der „antiimperialistischen Solidarität“ oder das realpolitische Kalkül der Eindämmung des fundamentalistischen Irans, sozialistische Devisennöte oder kapitalistische Raffgier den Ausschlag gaben, ist ohne Belang. Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR errichteten in den frühen achtziger Jahren nach dem Vorbild eines Übungsplatzes im brandenburgischen Storkow ein Manöverfeld für atomare, biologische und chemische Waffen bei Bagdad. Wahrscheinlich arbeiteten ostdeutsche Spezialisten ebenfalls in den irakischen Giftgasfabriken von Samarra und Falludscha sowie bei der Erweiterung der Reichweite der von der Sowjetunion an Irak gelieferten SCUD-B-Raketen. Allerdings spielte die ehemalige DDR bei der Aufrüstung Iraks eine im Vergleich zur damaligen Bundesrepublik wesentlich geringere Rolle.

Die inzwischen gut dokumentierten Berichte¹³ über die westdeutschen Lieferungen militärisch relevanter Güter, Dienstleistungen und know-hows an Irak erfahren zwar fortlaufend Ergänzungen, lassen aber eindeutige Schlüsse zu. Während Irak in den achtziger Jahren das schwere militärische Gerät wie Panzer, Geschütze, Raketenwerfer, Kampfflugzeuge und -schiffe etc. zu 80% von drei der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (UdSSR, Frankreich,

China) und den Rest von zwei Dutzend Staaten aller Kontinente erhielt¹⁶, waren die Lieferungen aus der Bundesrepublik von anderer, aber nicht weniger brisanter Art. Sie reichten von der Errichtung von Produktionsstätten für Artilleriegeschütze und Nervengase, der Unterstützung beim Bau von Gaszentrifugen zur Urananreicherung, über die Lieferung von Abfüllanlagen für Giftgasgranaten und Ausgangsstoffen für chemische Waffen bis hin zum Verkauf von Bakterienstämmen, Mykotoxinen (Pilzgifte), Nährböden, Brut- und Trockenschränken, Fermentationsanlagen und Wärmegeräten für die biologische Kriegführung. Das Wissen deutscher Dozenten, Techniker und Ingenieure war in den militärischen Forschungszentren Iraks und in den Rüstungsbetrieben unentbehrlich, z.B. bei der Nachrüstung der SCUD-Raketen. Weiterhin fanden Hunderte von Spezialtransportern (zur raschen Verlegung von Panzerverbänden), Panzer- und Flugzeugabwehrraketen (zum Teil über Frankreich) und Helikopter ihren Weg nach Bagdad. „Die deutsche Exportwut macht offenbar vor nichts halt. Was allein zählt, ist der Profit. Geliefert wird nahezu alles, von der Kanonenschmiede bis hin zum know how für die Atombombe... Wie keine andere Nation hat Deutschland Saddam geholfen, das größte und umfassendste chemische Waffenarsenal der Dritten Welt aufzubauen“¹⁷, stellte der „Spiegel“ fest, dessen Enthüllungen ganz wesentlich dazu beigetragen haben, das Gebaren der „merchants of death“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Es bleibt festzuhalten, daß sich die (west-)deutsche militärische Unterstützung auf die Bereiche der irakischen Kriegsmaschinerie fokussierte, die spätestens seit dem 2. August 1990 den meisten Schrecken in der Region und darüber hinaus hervorrufen: die Massenvernichtungswaffen nuklearer, chemischer und biologischer Art, die ballistischen Raketen, die konventionelle Feuerkraft, die Mobilität der Streitkräfte.

Selbstverständlich tragen die betreffenden Firmen, Kaufleute, Manager und Techniker den Hauptteil der Schuld. Jedoch nimmt sich das Sündenregister von Regierungsbehörden in dieser Angelegenheit alles andere als bescheiden aus. Denn bei mehr als 100 deutschen Firmen, die an der Aufrüstung Saddam Husseins kräftig verdienten, kann wohl nicht von wenigen „schwarzen Schafen“ die Rede sein. Richtig ist vielmehr, wie der Chef der Daimler-Benz AG, E. Reuter, feststellte, daß „Irak noch vor kurzer Zeit, das haben die meisten inzwischen verdrängt, durch politische Entscheidungen von Regierungen bewußt mit militärischem Material beliefert worden ist... Nirgendwo in der Bundesrepublik gibt es ein wirtschaftliches Thema, das mit mehr Heuchelei, Feigheit und Opportunismus durchsetzt ist als das des Waffenexports. Die Politik ist daran massiv beteiligt.“¹⁸

Wenn die Bundesrepublik über eines der strengsten Außenwirtschaftsgesetze der Welt verfügt, dieses aber „umgangen oder nicht eingehalten“¹⁹ werde, wie Bundestagspräsidentin R. Süßmuth in Israel erklärte, so richtet sich dieser Vorwurf auch an die Regierung. Manche von ihnen, wie das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn, sind nicht nur personell mit der Prüfung von Exportanträgen überfordert. Dieses Amt hat den Auftrag, den deutschen Export zu *fördern* und im Zweifelsfalle für die Ausfuhr zu entscheiden, ist also als Kontrollinstitution, die gründlich, mithin zeitaufwendig und bei Verdacht restriktiv vorgehen müßte, völlig ungeeignet. Dennoch beim illegalen Militärtransport ertappte Firmen erhielten - gemessen am erzielten Gewinn - lediglich geringfügige Bußgeldstrafen.²⁰ Bedenklich ist ferner, daß mehrere Agenten des

Bundesnachrichtendienstes in Giftgasgeschäfte mit Irak verwickelt sind²¹, irakische Luftwaffenoffiziere Mitte der achtziger Jahre an Bundeswehrhochschulen ausgebildet²² wurden und wichtige Regierungsstellen das gesamte Problem lange Zeit offensichtlich nicht ernstnahmen. Dies zeigt sich beispielweise an der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen im Bundestag. Im Dezember 1989 gab Staatssekretär K. Beckmann an, der Bundesregierung lägen „keine Anhaltspunkte vor, daß sich deutsche Unternehmen in Irak an Projekten zur Herstellung chemischer Kampfstoffe beteiligen.“²³

Gleichwohl kann es nicht darum gehen, einzelne Wirtschaftskreise und Regierungsbehörden anzuklagen, mit Auflagen zur Besserung zu versehen und damit das Problem zu den Akten zu legen. Gerade der hochsensible Bereich der chemischen Waffen weist eine politische und moralische Dimension auf, die nolens volens das gesamte deutsche Volk betrifft. So wirft der Politiker H.-U. Klose die Frage auf, wer „in den Fabriken, in denen Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände für den Irak produziert wurden, gearbeitet hat; und wer die Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert. Ist das damals alles unbemerkt geblieben?“²⁴

Gerade in der Giftgasproblematik wirft die deutsche Geschichte lange und sehr dunkle Schatten. Es war der deutsche Chemiker Fritz Haber, der bei der Verleihung des Nobelpreises den Einsatz von Giftgas als „eine höhere Form des Tötens“ bezeichnete und unter dessen Aufsicht der erste Giftgasangriff der Geschichte im Frühjahr 1915 bei Ypres in Belgien erfolgte. Die zahlreichen, sämtlich noch gefährlicheren „Weiterentwicklungen“ des damals abgeblasenen Chlorgases, wie Senfgas (Lost - d.i. die Abkürzung von *Lommel* und *Steinkopf*, deutsche Chemiker), die Nervengase Tabun, Sarin, Soman und VX stammen aus deutschen Chemielabors, in erster Linie aus denen der IG Farben bei Elberfeld. Eine Tochtergesellschaft der IG Farben und der DEGUSSA produzierte und vertrieb mit dem Zyklon B das Gift, mit dem Millionen Menschen in den Gaskammern deutscher Konzentrationslager ermordet wurden. Eine ebenso unheilvolle wie scheinbar bruchlose Kontinuität offenbart sich in der Unterstützung, die u.a. die DEGUSSA ein halbes Jahrhundert nach dem Holocaust der Chemiewaffenforschung Saddam Husseins erwies.²⁵ Wieder mußten Menschen wegen deutscher Giftgasmachinationen um ihr Leben bangen. Daß nach Kurden, Iranern und Arabern jetzt wieder Juden dieser furchtbaren Bedrohung ausgesetzt waren, verleiht ihr eine erschreckende Symbolik. Die Bekundungen führender deutscher Politiker über Betroffenheit und Scham sowie die Versicherung der Solidarität mit Israel sind daher mehr als angebracht. Auch die humanitäre Hilfe und selbst die Lieferung von militärischen Gütern an Israel, die dessen Schutz und Verteidigung gegenüber den irakischen Angriffen dienen, können als weithin unumstritten gelten. Bei aller notwendigen und auch tätigen Solidarität mit der israelischen Bevölkerung wäre jedoch eine uneingeschränkte Unterstützung des israelischen Regierungskurses wohl keine den Realitäten des nahen Ostens adäquate Position. Die starre Haltung der Likud-Regierung unter Y. Shamir gegenüber dem Palästinenser-Problem sowie das repressive israelische Okkupationsregime haben die Spannungen in der Region in den letzten Jahren wesentlich verschärft. Nicht zuletzt trieb die den Palästinensern keinerlei Hoffnung belassende israelische Regierungspolitik diese auf die Seite Saddam Husseins und erleichterte ihm, mit seinen radikalen Parolen in der arabischen und muslimischen Welt Resonanz zu finden.

Weiterhin sollte Forderungen mit größter Vorsicht begegnet werden, denen zufolge sich Deutschland quasi zur „Wiedergutmachung“ für die Aufrüstung Saddam Husseins militärisch in Nahost engagieren müßte. Zurückhaltung erscheint schon deshalb geboten, da die Bundesrepublik bereits involviert ist. Der Krieg war gerade zwei Wochen alt, als Zahlungen bzw. Zahlungsverpflichtungen in Höhe von mehr als 15 Milliarden DM vorlagen, in der Türkei waren 18 Alpha Jets stationiert und die Entsendung weiterer Luftverteidigungseinheiten angekündigt. Die Alliierten erhielten für den Krieg am Golf aus Bundeswehrbeständen Munition, Bomben, Raketen, Ersatzteile u.a. in Milliardenhöhe, so daß die Bestände bei der Bundesluftwaffe teilweise bis auf ein Minimum sanken. Weiterhin erhielt die Türkei eine „Rüstungssonderhilfe“ in Höhe von 700 Millionen DM, Bestände der ehemaligen DDR-Armee - wiederum im Wert von Hunderten Millionen DM - gingen in Form von Schützenpanzern, Sturmgewehren und Flammenwerfern in das Kriegsgebiet. Für den Transport wurden deutsche Flug- und Seehäfen kostenfrei genutzt.²⁶

Bis auf den Einsatz von Kampftruppen im Kriegsgebiet waren nahezu alle Formen der Beteiligung gegeben. Diesen letzten und - mit großer Sicherheit - fatalen Schritt sollte die deutsche Politik möglichst nie gehen. Der Ruf „The Germans to the front“, ausgegeben vom britischen Admiral Seymour während der internationalen Strafexpedition 1900 gegen China, leitete ein halbes Jahrhundert deutschen Dranges nach Weltgeltung ein und überzog den Globus mit Unheil und Krieg. Die Lehre, die die Deutschen aus dieser verhängnisvollen Geschichte ziehen sollten, kann nicht lauten, an der „richtigen Front“ kämpfen zu wollen, sondern alles zu tun, damit alle (Kriegs-)Fronten eingedämmt werden und verschwinden bzw. keine neuen entstehen. Auch die NATO-Verbündeten sollten Verständnis aufbringen, daß nach zwei von deutschem Boden ausgegangenen Weltkriegen für dieses Land in der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung entsprechend Art. 51 der UN-Charta die einzige militärische Option bestehen kann. Die Zeiten, da Bündnistreue auf dem „Felde der Ehre“ mit Blut „besiegelt“ wurde, sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Auch die Unterstützung der Verbündeten für den deutschen Einigungsprozeß erlegt Deutschland keine Bringschuld auf, die am Golf oder anderswo mit militärischer Münze abgegolten werden müßte. Bei ersterem handelte es sich um einen zutiefst friedlichen Vorgang, am Golf aber herrschte Krieg. Die bitteren Worte der traurig-berühmten „Todesfuge“ von Paul Celan dürfen nie wieder eine aktuelle Bedeutung erlangen:

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland
sein Auge ist blau
er trifft dich mit bleierner Kugel er trifft dich genau.“

5. Ein Friedensszenarium für den Nahen und Mittleren Osten

Zum Nachdenken über die Gestaltung des Friedens kann und sollte sich jeder berufen fühlen. Wenig war dazu aus westlichen, arabischen oder israelischen Regierungskanzleien im Vorfeld und im Verlauf des Krieges zu vernehmen. Im Gegenteil, die Anzahl der immer wieder publizierten „Kriegsszenarien“ kontrastierte in auffälliger Weise mit den wenigen Konzeptionen, wie ein friedliches Zusammenleben der Völker im Nahen Osten gesichert werden könnte.

In Europa haben sich u.a. der norwegische Friedensforscher J. Galtung mit einem 12-Punkte-Plan²⁷ sowie eine Gruppe von Professoren aus Exeter (dokumentiert auf S. 34ff.) zu Wort gemeldet. Auch an bündigen Ratschlägen besteht kein Mangel. Der Soziologe K.-O. Hondrich meint beispielsweise, der Nordwesten sei zur Errichtung einer „Pax americana et europea“, mithin „zur Dominanz verurteilt“²⁸. Auch wenn sehr viel gegen solche kruden Konzepte spricht, haben Europa und möglicherweise auch die Deutschen einige Erfahrungen einzubringen, die bei der Schaffung gerechter und stabiler Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten nützlich sein könnten. Bei dem gesellschaftlichen Umbruch in den osteuropäischen Staaten und in der früheren DDR sowie bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten handelte es sich um bemerkenswerte Beispiele friedlichen Wandels, der nicht allein erstarrte gesellschaftliche Strukturen in kurzer Zeit aufzubrechen vermochte, sondern ebenfalls die europäische Landkarte und somit die unverrückbar erscheinende militär-strategische Situation nachhaltig veränderte - ohne einen einzigen Schuß oder auch nur die Androhung eines solchen. Jedoch sollten bei aller prinzipiellen Bedeutung der europäischen Ereignisse vorschnelle Analogieschlüsse vermieden werden. Europa und die arabische Welt weisen wenig Vergleichbares auf, und auch nicht jede europäische Erfahrung verdient eine unbedingte Empfehlung. Die Abschreckung beispielsweise, jene mit der Anhäufung riesiger Waffenberge verbundene Angst vor einem Gegenschlag, die den Anreiz zu einem Erstschlag auf beiden Seiten der Ost-West-Konfrontation über mehr als 40 Jahre unterdrückte, erfüllt gewiß nicht die Kriterien, die an ein Exportprodukt gestellt werden. Die Abschreckung war möglich im bipolaren, weithin berechenbaren, technologisch hochentwickelten und wohlhabenden Norden. Während es sich dabei im wesentlichen um einen Hauptkonflikt handelte, erschüttern den multipolaren, von Gegensätzen zerrissenen und insgesamt wesentlich ärmeren Nahen und Mittleren Osten eine Vielzahl von Konflikten. Die Geschäftsgrundlage des Ost-West-Konflikts, die Abschreckung, erweist sich als teurer, gefährlicher, letztlich sinnloser und zudem an ganz bestimmte Bedingungen geknüpfter Weg, besser gesagt als historisch singulärer Umweg, der für die Völker des Vorderen Orients nicht gangbar ist. Nach einem über 40jährigen Zeitalter der Kriege und Konflikte, das noch andauert, böte ein kalter Krieg dieser Region keine vernünftige Alternative. Aber wie könnte diese aussehen?

Ihre wesentlichen Fundamente müßten von einer balancierten und kontrollierten Abrüstung, friedlichen Regelung von Konflikten sowie von einer zwischen- und innerstaatlichen Rekonstruktion gebildet werden. Dieses Szenarium setzt die Wiederherstellung der kuweitischen Souveränität ebenso voraus, wie es die Desintegration oder Okkupation Iraks ausschließt. Die regionale Abrüstung könnte mit einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO eingeleitet werden, an der neben allen Staaten der Region (einschließlich Israel, Türkei, Iran) die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sowie die Staaten teilnehmen, die zu den Rüstungslieferanten der Region zählten. Das wichtigste Ziel der Konferenz bestünde zunächst darin, das intraregionale Kräfteverhältnis zu stabilisieren, den weiteren Waffenzufluß von außen zu stoppen und einen Abrüstungsplan zu erstellen. Dieser sollte folgende Punkte enthalten:

1. Reduzierung der Rüstungsausgaben, der Personalstärken der Streitkräfte und deren Ausrüstungsniveaus.
2. Senkung bzw. schrittweise Einstellung einheimischer Rüstungsproduktion und deren Umwidmung auf zivile Güter.
3. Verbannung aller Massenvernichtungswaffen aus der Region.
4. Langfristige Umstrukturierung der Streitkräfte aller Nahoststaaten, um ihnen etappenweise die Offensivfähigkeit zu entziehen.
5. Vertrauensbildende Maßnahmen wie Austausch bzw. Veröffentlichung von militärischen Informationen, gegenseitige Kontrollen und Inspektionen.
6. Entwicklung nichtmilitärischer Formen der Konfliktregelung. Hierbei sind die Gründung regionaler Ableger des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag mit Schiedsbefugnis, aber auch gemeinsame Kommissionen und regionale Friedenstruppen denkbar. Regionale oder Friedenstruppen aus anderen Dritte-Welt-Gebieten werden mit Sicherheit und in großer Zahl für die Trennung von Kombattanten, für die Überwachung von Waffenstillstands- und Friedensabkommen, die Sicherung sensibler Grenzen etc. benötigt. Sie sollten möglichst unter UNO-Aufsicht stehen und die westlichen Gruppen so bald als möglich ablösen.

Der Abbau der regionalen Hochrüstung wurde bewußt an die erste Stelle gesetzt, da deren quantitative und qualitative Ausmaße eine bestimmte Eigendynamik entfaltet haben, die sich letztlich in tiefverwurzeltem, gegenseitigem Mißtrauen, Unnachgiebigkeit sowie in der starken Neigung äußerte, die im Übermaß vorhandenen und hoch effektiven Waffen zu gebrauchen. Selbstverständlich liegen den Rüstungsanstrengungen tiefe Interessengegensätze und Rivalitäten, ungelöste Streitfragen ebenso wie Feindschaft und Haß zugrunde. Ein Ausklammern dieser Umstände würde jegliche Abrüstungsversuche bereits im Ansatz scheitern lassen. Daher müßte parallel, nach der Verabschiedung einer Abrüstungskonvention auf der internationalen Konferenz das einvernehmliche Bemühen zur Lösung eines ganzen Bündels regionaler Streitfälle und verwickelter Sachprobleme einsetzen. Als institutioneller Rahmen erschiene, zumindest im Anfangsstadium, wiederum eine UN-Schirmherrschaft als am besten geeignet. Diese Anstrengungen müßten auf folgende Ziele gerichtet sein:

1. Herbeiführung eines arabisch-israelischen Friedens

Dies erfordert die gegenseitige Anerkennung (auf Basis der Grenzen von 1967) sowie den Abschluß von Nichtangriffsverträgen, aber selbstverständlich auch die Bildung eines (möglicherweise demilitarisierten) palästinensischen Staates, der auf föderativer oder konföderativer Grundlage Jordanien, die Westbank sowie den Gazastreifen einschließen könnte.

Die Sicherheit und territoriale Integrität Israels und des neuen arabisch-palästinensischen Staates benötigen substantielle Garantien, am besten seitens der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates.

2. Gewährung weitgehender Autonomie für das kurdische Volk in allen Ländern der Region
Eine weitere Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen dieses leidgeprüften Volkes würde im Nahen und Mittleren Osten über kurz oder lang einen Konflikt entstehen lassen, dessen Ausmaß und Folgen mit denen des Palästinaproblems vergleichbar wären.

3. Schrittweiser Ausgleich des Wohlstandsgefälles in der Region

Es gibt zum Teil extreme Unterschiede im Einkommen und in der Wirtschaftsleistung, die mitunter lediglich der Tatsache geschuldet sind, daß dünnbesiedelte Staaten über enorme, bevölkerungsreiche Staaten aber über geringe oder keine Erdöllagerstätten verfügen. So klafft im Bruttosozialprodukt pro Kopf zwischen Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten eine Differenz von fast 14 000 Dollar, zwischen Saudi-Arabien und Sudan von mehr als 6 500 Dollar, zwischen Kuwait und Syrien von über 12 000 Dollar.²⁹

Es würde der Stabilität der gesamten Region zum Vorteil gereichen, wenn die wohlhabenden Staaten einen erheblich größeren Teil ihrer Überschüsse in die Entwicklung ihrer weniger bemittelten Nachbarn investierten.

4. Einvernehmliche Lösungen zur Erschließung und Verteilung der Wasserressourcen sowie Maßnahmen gegen die Degradation der Umwelt.

Verdeckt von zahlreichen Kriegen und traditionellen Streitpunkten, sammelt sich in diesen Bereichen ein Konfliktpotential an, dessen Brisanz alles bisher Dagewesene im Nahen und Mittleren Osten in den Schatten stellen könnte, wenn nicht bald allseits akzeptable Lösungen gefunden werden.

Wieder muß ein Vorbehalt eingefügt werden. Weder die Abrüstung noch die vorstehend genannten Problemfragen werden die Nahoststaaten in ihrer gegenwärtigen inneren Struktur und in ihrer regionalen Organisation mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen können. Im Innern ist in den meisten Staaten ein Wandel von autoritären Herrschaftsverhältnissen zu einer Beteiligung der Bürger an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, zu Gewährung von demokratischen Rechten und Freiheiten unabdingbar. Dies muß keineswegs eine Kopie liberaler Demokratie westlicher Provenienz bedeuten, doch mit Sicherheit werden sich die Herausforderungen der Zukunft nicht mit Menschen meistern lassen, die unter politischen Verhältnissen leben müssen, die jenen ihrer Vorfahren in den orientalischen Großreichen gleichen. Schließlich erfordern die komplizierten Sachprobleme, die im Nahen und Mittleren Osten ihrer Lösung harren, einen völlig neuen Ansatz der intraregionalen Beziehungen. Das bisherige Konglomerat von nahöstlichen Nationalstaaten - nicht selten ohne Nation und häufig innerhalb künstlich gezogener Grenzen existierend - erwies sich dazu als völlig ungeeignet. Jedoch würden Grenzveränderungen, staatliche Verschmelzungen u.a. traditionelle Korrekturversuche die Region mit einiger Wahrscheinlichkeit in ein Chaos stürzen. Die Lösung scheint in einem (oder auch mehreren) losen regionalen Staatenbund mit konföderativen Elementen zu bestehen, wie es eine Gruppe von Nahostexperten der Universität Exeter vorgeschlagen hat (siehe „Dokumentation“ S. 34ff.). Nur in einem solchen Rahmen ließen sich Lösungen für komplizierte Grenzprobleme (wie zwischen Irak und Kuwait, zwischen einem palästinensischen Staat und Israel oder auch eine grenzüberschreitende kurdische Autonomie) überhaupt diskutieren. Eine Art KSZE-Prozeß - selbstverständlich zugeschnitten auf die spezifischen Verhältnisse dieser Region - könnte diese Variante des Konföderalismus für eine effektive regionale wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit nutzbar

machen und so den Menschen in diesem, bisher von Kriegen und Krisen heimgesuchten Gebiet den realen Ausblick auf dauerhafte Stabilität und Prosperität geben.

¹ Diesen Bericht gab das US-Nachrichtenmagazin „Time“, als es George Bush zum „Mann des Jahres“ kürte. Seine Richtigkeit ist niemals bestritten worden; die Journalisten haben über Wochen hinweg im Weißen Haus recherchiert und mehrmals sowohl mit dem Präsidenten als auch mit dessen wichtigsten Mitarbeitern und Ratgebern gesprochen.

Goodgame, D., What if we do nothing; Time International, New York, January 7, 1991, S. 16.

² Congressional Quarterly, Washington, D.C., September 15, 1990, S. 2955.

³ Church, G.J., The Case for War. In: Time International, a.a.O., November 26, 1990, S. 68.

⁴ Presidential Address. In: Congressional Quarterly, a.a.O., S. 2953.

⁵ Sommer, T., Nur die Logik des Krieges; In: Die Zeit, Hamburg 5.-25. Januar 1991, S. 1.

⁶ Präsident Bush an die amerikanische Nation. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Januar 1991, S. 6.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

⁹ Die meisten dieser Ansichten wurden Anfang Januar 1991 auf einer Internationalen Umweltschutzkonferenz in London vorgetragen. Größere Publizität fanden die Warnungen des Obersten Rates für Wissenschaft und Technologie Amman, des Fraunhofer-Instituts für Atmosphärische Umweltforschung Garmisch-Partenkirchen, des Zentralinstituts für Elektronenphysik Berlin. Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 5./6. Januar 1991, S. 16; ebenda, 12./13. Januar 1991, S. 5; Leipziger Volkszeitung, 23. Januar 1991, S. 6.

Im Dezember 1983 hatten allein die USA etwa 16 000 Soldaten im Libanon sowie auf 30 Schiffen vor der Küste stationiert. Diese Streitmacht griff in den libanesischen Bürgerkrieg ein, zog sich jedoch nach erfolglosen Kämpfen und unter erheblichen Verlusten Anfang 1984 zurück.

¹⁰ Zahlenangaben aus: Sivard, R. L., World Military and Social Expenditures 1989, Washington, D.C. 1989, S. 11; Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1988, Washington D.C. 1988, S. 27-45; Angesichts der Einen Welt. Report einer Unabhängigen Gruppe unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt. In: Europa-Archiv, Bonn, Folge 18, 1989, S. D 521-D 531; Rowen, H., Poor 'Pay' \$ 50 Billion to the Rich. In: International Herald Tribune, The Hague, September 18, 1989, S. 17/19.

¹¹ Weltbank, a.a.O., S. 260.

¹² Der vom Irak begonnene „Tankerkrieg“ in der Endphase des irakisch-iranischen Krieges schreckte die beiden Großmächte auf und veranlaßte sie zu einer Vielzahl von Aktionen, die dem Irak halfen, den Krieg in einer für ihn günstigen Konstellation zu beenden.

- ¹² Ikle, F., Wohlstetter, A., Discriminate Deterrence. Report of the Commission on Long Term Strategy, Washington, D.C. 1988.
- ¹³ Ebenda, S. 48ff.
- ¹⁴ Vgl. SIPRI Yearbook 1989, World Armaments and Disarmament, Oxford 1989, S. 165/66; SIPRI Information Sheet on the Iraq-Iran War 1980-1988. Military Costs and Arms Trade, Stockholm 1988, S. 2-4.
- ^{14a} Der Versuch, Irak mit militärischen Mitteln an der Produktion von Massenvernichtungswaffen zu hindern, wird bekanntlich nicht zum ersten Mal unternommen. Am 7. Juni 1981 zerstörten 16 israelische Kampfflugzeuge vom Typ F-15 und F-16 den 20 Kilometer südöstlich von Bagdad gelegenen irakischen Nuklearreaktor Osiraq.
- ¹⁵ Den wohl umfassendsten Bericht legten die „Spiegel“-Redakteure H. Leyendecker und R. Rickelmann mit ihrem Buch „Exporteure des Todes. Deutscher Rüstungsskandal in Nahost“, Göttingen 1990, vor.
- ¹⁶ Vgl. SIPRI Fact Sheet on Military Expenditure and Iraqi Arms Imports, Stockholm 1990, S. 5-9.
- ¹⁷ Der Spiegel, Hamburg, 37/10. September 1990, S. 113; ebenda, 33/13. August 1990, S. 81.
- ¹⁸ Ebenda, 5/28. Januar 1991, S. 102.
- ¹⁹ Süddeutsche Zeitung, München, 6. Februar 1991, S. 1.
- ²⁰ Vgl. Der Spiegel, 33/13. August 1990, S. 84; ebenda, 37/10. September 1990, S. 114.
- ²¹ Vgl. ebenda, 33/13. August 1990, S. 80.
- ²² Molck, J., Bonner Militärhilfe für Irak. In: Deutsche Volkszeitung/die tat, Frankfurt/M., 31. Juli 1987, S. 3.
- ²³ DIE GRÜNEN im Bundestag, Pressedienst, Bonn, 8. Dezember 1989.
- ²⁴ Klose, H.-U., Die Deutschen und der Krieg am Golf, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Januar 1991. S. 6.
- ²⁵ Vgl. Chemical and Biological Warfare. In: The International Institute of Strategic Studies, The Military Balance 1988-1989, London 1988, S. 242-249; Chemische Kampfstoffe, in: Neue Züricher Zeitung, 12. September 1990, S. 45; Groehler, O., Ein Elend, das von Deutschland um die Welt ging. In: Neues Deutschland, a.a.O., 2./3. Februar 1991, S. 13; Branscheidt, H., Das Tier von Bagdad. In: medico-rundschreiben, Frankfurt/M., 3/1990, S. 4/5.
- ²⁶ Vgl. Der Spiegel, 5/28. Januar 1991, S. 22/23.
- ²⁷ Vgl. Neues Deutschland, a.a.O., Prof. Dr. Johan Galtung, Norwegen, 12-Punkte-Friedensplan, 8. Februar 1991, S. 10.
- ²⁸ Hondrich, K.-O., Lehrmeister Krieg. In: Der Spiegel, 4/21. Januar 1991, S. 27.
- ²⁹ Weltbank, a.a.O., S. 261.